

Diese Übersetzung besteht aus 4 Seiten/9 Blättern

Nr. OV-125/26

Datum: 22. September 2026

BESCHLUSS

Beglaubigte Übersetzung aus der kroatischen Sprache





REPUBLIK KROATIEN
AMTSGERICHT IN NOVI ZAGREB
Turinina 3

Geschäftsnummer: Kv-171/2026-4

REPUBLIK KROATIEN

BESCHLUSS

Das Amtsgericht in Novi Zagreb in einer Ratskammer, die sich aus den Richtern dieses Gerichts Stjepan Đurinec als Ratsvorsitzender und Branko Holzer und Ivo Đuratović als Ratsmitglieder zusammensetzt, unter Beteiligung von Đurđica Vrduka als Protokollleiterin, an einem Strafverfahren gegen den Angeklagten Volker Gröhnecke (vormals Gehrke), für die Straftat nach Artikel 224 Absätze 1 und 4 des Strafgesetzes („Amtsblatt“ Nr. 110/97, 27/98, 50/00, 129/00, 51/01, 111/03, 190/03, 105/04, 84/05, 71/06, 110/07, 152/08 und 57/11 im Folgenden: KZ/97 betreffend der Anklage der Amtsstaatsanwaltschaft (nachfolgend: ODO) in Novi Zagreb, Geschäftsnummer KO-DO-611/2024, in der Ratssitzung vom 21. September 2026,

beschloss, dass

Gemäß Artikel 402 Absatz 3 und Absatz 4 des Strafprozessgesetzes („Amtsblatt“ Nr. 152/08, 76/09, 80/11, 91/11, 143/12, 56/13, 145/13, 152/14, 70/17, 126/19, 130/20, 80/22, 36/24, 72/25, 13/26 – im Folgenden ZKP/08) gegen den Angeklagten Volker Gröhnecke (vormals Gehrke), geboren am 1. Februar 1966 in Visselhovede, Bundesrepublik Deutschland, wohnhaft in der Bundesrepublik Deutschland, Woltersdorf, Thurauber Berg 1, Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland wird aufgrund der Anklageschrift des ODO in Novi Zagreb mit der Nummer KO-DO-611/2024 wegen der Straftat nach Artikel 224 Absätze 1 und 4 des Strafgesetzes/97 ein Gerichtsverfahren in Abwesenheit geführt.

Begründung

1. Am 9. Dezember 2024 erhob ODO in Novi Zagreb bei diesem Gericht eine Anklage gegen den Angeklagten Volker Gröhnecke (vormals Gehrke) wegen der Straftat nach Art. 224 Abs. 1 und 4 des KZ/97.

2. Die Akte wurde der Ratskammer auf Antrag der Amtsstaatsanwaltschaft (ODO) in Novi Zagreb vorgelegt, um für den Angeklagten ein Verfahren in Abwesenheit anzuordnen, da dieser für das Gericht unerreichbar ist. Am 21. September 2026 fand eine Verhandlung statt, zu der der ordnungsgemäß eingeladene ODO in Novi Zagreb und der Angeklagte nicht beitraten, und die Verteidigerin des Angeklagten Zorica Škopić beitrat.

Sie schlug vor, die Sitzung der Ratskammer zu verschieben, damit die Anklageschrift, der Beschluss über die Bestätigung der Anklageschrift und die Einladung zur Sitzung der Ratskammer dem Angeklagten an einer bekannten Adresse in deutscher Übersetzung zugestellt werden könnte, und merkte an, dass die Einladung zur heutigen Sitzung für den Angeklagten nicht ins Deutsche übersetzt wurde.

3. Der Rat hielt die Sitzung trotz der Einwände der Verteidigerin des Angeklagten ab, weil er der Ansicht ist, dass die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die Abhaltung der Sitzung erfüllt sind, und es ist offensichtlich, dass der Angeklagte eine Einladung zur Ratssitzung erhalten hat.

4. Die Verteidigerin des Angeklagten wendet sich gegen ein Verfahren in Abwesenheit, da hierfür keine stichhaltigen Gründe oder rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Der Angeklagte hat keinerlei Kenntnis davon, dass in der Republik Kroatien ein Strafverfahren gegen ihn geführt wird, d. h., dass die Anklage erhoben und bestätigt wurde. Die Staatsanwaltschaft benötigte mehr als zehn Jahre, um die Anklage zu erheben. Daher können weder der Zeitablauf noch die nahende Verjährungsfrist einen Grund darstellen, dem Angeklagten sein Recht auf persönliche Teilnahme am Verfahren und die Wahrung seiner Verteidigungsrechte zu entziehen. Der Angeklagte ist Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland, wo er einen ordnungsgemäß eingetragenen Wohnsitz und eine bekannte Anschrift hat, so dass er weder auf der Flucht ist noch den Behörden der Republik Kroatien nicht zur Verfügung steht. Er hat schlichtweg keine Ahnung, dass dieses Strafverfahren überhaupt geführt wird. Weder die Anklageschrift noch der Beschluss, der die Anklage bestätigte, wurden dem Angeklagten ordnungsgemäß zugestellt. Der Beschluss, der die Anklage bestätigte, wurde per elektronisches Verkündungsplattform zugestellt, und ein vorheriger Zugstellungsversuch an eine Adresse erwies sich später als unzureichend. Das Gericht stellte daher die genaue Adresse des Angeklagten in Deutschland fest. Allerdings fehlt bei der einzigen Zustellung der Ladung, die das Gericht für ordnungsgemäß hält, der unterzeichnete Empfangsbeleg, aus dem sich ermitteln ließe, wer den Empfangsbeleg unterzeichnet und die Zustellung der Ladung bestätigt hat. Entscheidend ist hierbei, dass aus dem Protokoll der Vernehmung des Angeklagten klar hervorgeht, dass er nicht über die Pflicht zur Meldung einer Adressänderung und die Folgen einer Nichtmeldung belehrt wurde.

5. Nach Auffassung dieses Rates waren die Voraussetzungen für das Verfahren in Abwesenheit des Angeklagten erfüllt.

6. Die Rechtsvorschrift aus Artikel 402 Absatz 3 des ZKP/08 sieht nämlich vor, dass gegen den Angeklagten nur dann ein Gerichtsverfahren in Abwesenheit geführt werden kann, wenn dafür besonders wichtige Gründe vorliegen und eine Verhandlung im Ausland nicht möglich ist, eine Auslieferung nicht möglich ist oder der Angeklagte sich auf der Flucht befindet oder für die staatlichen Behörden nicht erreichbar ist. Daher ist es offensichtlich, dass diese Rechtsnorm mit dem Vorliegen besonders wichtiger Gründe die kumulative Erfüllung von drei weiteren rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren in Abwesenheit vorschreibt.

7. Aus den Daten der Akte aus der unbestritten bestätigten Anklage, genauer aus den Beweisen, auf die sie sich stützt, ergibt sich ein begründeter Verdacht, dass der Angeklagte die Straftat nach Artikel 224 Absätze 1 und 4 des KZ/97 begangen hat, derer er in diesem Verfahren beschuldigt wird.

7.1 Darüber hinaus geht aus der Akte hervor, dass das Gericht nach Bestätigung der Anklage eine Anhörung anberaumt hat, zu der der Angeklagte trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht erschienen ist, und aus diesem Grund mit dem Beschluss dieses Gerichts Nummer K-186/2025 vom 4. Februar 2026

wurde der Angeklagte Volker Gröhnecke (vormals Gehrke) gemäß Artikel 123 Absatz 1 Nummer 5 des ZKP/08 zu einer Untersuchungshaft verurteilt. Am 3. März 2026 wurde ein Europäischer Haftbefehl erlassen, wonach Interpol den Angeklagten nach den festgestellten Daten in der Bundesrepublik Deutschland fand. Eine Überstellung der Strafverfolgung an die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nicht möglich, da nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung abgelaufen ist. Aus diesem Grund weigerte sich die Bundesrepublik Deutschland, den Angeklagten an die Strafverfolgungsbehörden der Republik Kroatien auszuliefern. Dies geht aus dem Schreiben des Generalstaatsanwalts in Celle hervor (zuletzt am 9. September 2026 an das Gericht gerichtet).

7.2. Aus den vorstehenden Feststellungen ergibt sich daher, dass der Angeklagte ausländischer Staatsangehöriger ist, dass er seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, aus dem er aufgrund der Verjährungsfrist nicht an die Behörden der Republik Kroatien übergeben wird und weshalb eine Überstellung der Strafverfolgung nicht möglich ist, dass er sich nicht zu den Gerichtsverhandlungen geäußert hat, noch dass es möglich ist, ihn dazu zu bringen, seine Anwesenheit während des Verfahrens sicherzustellen. Wenn man bedenkt, dass seit der Begehung der vorgeworfenen Straftat mehr als 14 Jahre vergangen sind und die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung in diesem Fall nach kroatischem Recht bald abläuft, ist der Rat unter Berücksichtigung all dessen der Ansicht, dass besonders wichtige Gründe für eine Verhandlung des Angeklagten in Abwesenheit vorliegen, d. h. dass die in Artikel 402 Absatz 3 des ZKP/08 festgelegten rechtlichen Voraussetzungen für eine Verhandlung in Abwesenheit erfüllt sind.

Zagreb, den 21. September 2026

Präsident des Rates:

Stjepan Đurinec

RECHTSMITTELBELEHRUNG

Die unzufriedene Partei hat das Recht, innerhalb von 3 (drei) Tagen nach dem schriftlichen Erhalt dieses Beschlusses Einspruch gegen diese Entscheidung einzulegen. Die Berufung wird in drei identischen Kopien an dieses Gericht eingelegt, und über die Berufung wird vom Gespanschaftsgericht in Velika Gorica entschieden.

Zustellen zu:

1. ODO in Novi Zagreb unter der Nummer KO-DO-611/2024
2. Der Angeklagte Volker Gröhnecke, Bundesrepublik Deutschland, Woltersdorf, Thurauher Berg 1 und durch öffentliche Bekanntmachung
3. Anwältin Zorica Škopić

STJEPAN ĐURINEC

Elektronisch signiert: 21.09.2026T12:37:46 (UTC:2026-09-21T10:37:46Z)

Überprüfung: <https://epotpis.rdd.hr/provjera>

Aktennummer: 4e5529e0-e6f5-4909-9c53-ead1d3c574b3

Amtsgericht in Novi Zagreb



Dokumentnummer: 9-3088d-6a0f3

Kontrollnummer: 070d7-970b6-d8982

Das vorliegende Dokument in digitaler Form ist elektronisch signiert.

Sie können die Authentizität des Dokumentes durch die Eingabe der Dokumentnummer und Kontrollnummer unter der folgenden Webadresse überprüfen:

<https://usluge.pravosudje.hr/provjera-vjerodostojnosti-dokumenta/>



Die Überprüfung ist auch durch das Scannen des QR-Codes möglich. In beiden Fällen wird das Original dieses Dokumentes angezeigt.

Falls dieses Dokument in elektronischer Form identisch mit dem Original ist, **bestätigt das Amtsgericht in Novi Zagreb** seine Authentizität.

Ende der Übersetzung!

Nr. 125/26

Unterfertigte SANDRA BURGSTEINER, mag. oec. aus Zagreb, Gundulićeva 50, ständige Gerichtsdolmetscherin für die deutsche und englische Sprache, ernannt durch Beschluss des Präsidenten des Gespanschaftsgerichtes in Zagreb, Nr. 4 Su-81812022 vom 03. Oktober 2022, bestätigt, dass die vorgelegte Übersetzung ihrer Handschrift in kroatischer Sprache völlig entspricht.

Zagreb, den 22. September 2026

Gerichtsdolmetscherin:





REPUBLIKA HRVATSKA
OPĆINSKI SUD U NOVOM ZAGREBU
Turinina 3

Poslovni broj: Kv-171/2026-4

REPUBLIKA HRVATSKA

RJEŠENJE

Općinski sud u Novom Zagrebu, u izvanraspravnom vijeću sastavljenom od sudaca tog suda Stjepana Đurinec kao predsjednika vijeća te Branka Holzera i Ive Đuratovića, kao članova vijeća, uz sudjelovanje Đurđice Vrđuka kao zapisničara, u kaznenom predmetu protiv okrivljenog Volkera Gröhneckea (ranije Gehrkea), zbog kaznenog djela iz članka 224. stavak 1., i 4., Kaznenog zakona („Narodne novine“ br. 110/97, 27/98, 50/00, 129/00, 51/01, 111/03, 190/03, 105/04, 84/05, 71/06, 110/07, 152/08 i 57/11 – dalje u tekstu KZ/97) povodom optužnice Općinskog državnog odvjetništva (dalje u tekstu: ODO) u Novom Zagrebu poslovnog broja KO-DO-611/2024, na sjednici vijeća održanoj dana 21. rujna 2026.,

riješio je

Na temelju članka 402. stavak 3. i stavak 4. Zakona o kaznenom postupku („Narodne novine“ br. 152/08, 76/09, 80/11, 91/11, 143/12, 56/13, 145/13, 152/14, 70/17, 126/19, 130/20, 80/22, 36/24, 72/25, 13/26 - dalje u tekstu ZKP/08) protiv okrivljenog Volkera Gröhneckea (ranije Gehrke), rođenog 1. veljače 1966., u Visselhovede, SR Njemačka, s prebivalištem u SR Njemačkoj, Woltersdorf, Thuruher Berg 1, državljanina SR Njemačke, u povodu optužnice ODO u Novom Zagrebu broj KO-DO-611/2024, zbog kaznenog djela iz članka 224. stavak 1. i 4. KZ/97, ima se provesti suđenje u odsutnosti.

Obrazloženje

1. ODO u Novom Zagrebu je kod ovoga suda dana 09. prosinca 2024. podiglo optužnicu broj KO-DO-611/2024 protiv okrivljenog Volkera Gröhneckea (ranije Gehrke), zbog kaznenog djela iz članka 224. stavak 1. i 4. KZ/97.

2. Spis je dostavljen izvanraspravnom vijeću u povodu prijedloga ODO u Novom Zagrebu da se za okrivljenog odredi suđenje u odsutnosti jer da je isti nedostupan sudu. Dana 21. rujna 2026. održano je ročište na koje uredno pozvani ODO u Novom Zagrebu i okrivljenik nisu pristupili, a pristupila je braniteljica okrivljenog Zorica Škopić. koja je predložila da se odgodi sjednica vijeća kako bi se optužnica, rješenje o

potvrđivanju optužnice, poziv za sjednicu izvanraspravnog vijeća dostavilo okrivljeniku na poznatu adresu prevedenu na njemački jezik uz napomenu da okrivljeniku poziv za današnju sjednicu nije bio preveden na njemački jezik.

3. Vijeće je održalo sjednicu unatoč prigovorima braniteljice okrivljenika jer smatra da su ispunjene procesne pretpostavke za održavanje iste, a obzirom je vidljivo kako je okrivljenik primio poziv za sjednicu vijeća.

4. Braniteljica okrivljenika protivi se suđenju u odsutnosti jer da za to ne postoje važni razlozi i zakonske pretpostavke. Okrivljeni uopće nema saznanja da se protiv njega vodi kazneni postupak u Republici Hrvatskoj, odnosno da je podignuta optužnica koja je i potvrđena. Državnom odvjetništvu je trebalo više od deset godina da podigne optužnicu, pa protek tog vremena i blizina zastare ne mogu predstavljati razlog za oduzimanja prava okrivljenika da osobno sudjeluje u postupku i koristi prava na obranu. Okrivljenik je državljanin Savezne Republike Njemačke gdje ima uredno prijavljeno prebivalište i poznatu adresu, pa nije u bijegu, niti je nedostupan tijelima Republike Hrvatske. On jedino nema saznanja da se ovaj kazneni postupak uopće vodi. Ni optužnica ni rješenje o potvrđivanju optužnice okrivljeniku nisu uredno dostavljeni, rješenje o potvrđivanju optužnice je dostavljeno putem e-oglasne ploče, a ranija dostava je pokušana na adresu za koju je kasnije raspravni sud utvrdio da je nedovoljna, stoga je raspravni sud utvrdio točnu adresu okrivljenika u Njemačkoj, ali za jedinu dostavu poziva koju raspravni sud smatra urednom spisu ne prileži potpisana dostavnica iz koje bi se moglo utvrditi tko je potpisao dostavnicu i potvrdio primitak poziva, a ovdje je odlučno da iz zapisnika o ispitivanju okrivljenika jasno proizlazi da on nije primio upozorenja na obvezu prijave promjene adrese i posljedica ako tako ne postupi.

5. Po mišljenju ovog vijeća ispunjene su pretpostavke za suđenje u odsutnosti okrivljeniku.

6. Naime, zakonskom odredbom iz članka 402. stavak 3. ZKP/08 propisano je da se okrivljeniku može suditi u odsutnosti samo ako postoje osobito važni razlozi da mu se sudi, a nije moguće suđenje u stranoj državi, nije moguće izručenje ili je okrivljenik u bijegu ili nije dostižan državni tijelima. Dakle, evidentno je da ova zakonska norma, uz postojanje osobito važnih razloga, propisuje kumulativno ispunjenje još triju zakonskih uvjeta za suđenje u odsutnosti.

7. Iz podataka spisa iz nesporno potvrđene optužnice preciznije iz dokaza na kojima se ona temelji proizlazi osnovana sumnja da je okrivljenik počinio kazneno djelo iz članka 224. stavak 1. i 4. KZ/97, koje mu se stavlja na teret u ovom postupku.

7.1. Pored toga iz spisa predmeta proizlazi da je sud nakon potvrđivanja optužnice odredio raspravu na koju okrivljenik iako uredno pozvan nije pristupio, a zbog čega je rješenjem ovog suda broj K-186/2025 od 4. veljače 2026., protiv okrivljenog Volkera Gröhneckea (ranije Gehrke), određen istražni zatvor po osnovi iz članka 123. stavak 1. točka 5. ZKP/08. Potom je izdan Europski uhidbeni nalog 3. ožujka 2026., time da se prema utvrđenim podacima Interpolu okrivljenik nalazi u Saveznoj Republici Njemačkoj, ali ustup kaznenog progona Saveznoj Republici Njemačkoj nije moguć jer

je prema pravu Savezne Republike Njemačke nastupila zastara kaznenog progona, a zbog čega je Savezna Republika Njemačka i odbila predaju okrivljenika tijelima progona Republike Hrvatske. Da je tome tako vidljivo je iz dopisa Glavnog državnog odvjetništva u Celleu (zadnji je dostavljen sudu 9. rujna 2026.)

7.2. Prema tome, iz navedenih utvrđenja jasnim proizlazi da je okrivljenik strani državljanin, da prebiva na području Savezne Republike Njemačke iz koje neće biti predan tijelima RH, zbog nastupa zastare, a iz kojeg razloga niti ustup kaznenog progona nije moguć, da se na rasprave sudu nije odazvao niti je moguće njegovo dovođenje kako bi se osigurala njegova prisutnost tijekom postupka pa kada se k tome pridoda činjenica da je od počinjenja inkriminiranog kaznenog djela proteklo više od 14 godina, da u ovom slučaju i prema hrvatskim zakonima uskoro nastupa zastara kaznenog progona, to ovo vijeće u svemu ranije iznesenom smatra kako postoje osobito važni razlozi da se okrivljeniku sudi u odsutnosti, odnosno da su ispunjene zakonske pretpostavke propisane člankom 402. stavak 3. ZKP/08 za suđenje u odsutnosti.

U Zagrebu 21. rujna 2026.

Predsjednik vijeća:

Stjepan Đurinec

POUKA O PRAVNOM LIJEKU:

Protiv ovog rješenja nezadovoljna stranka ima pravo žalbe u roku od 3 (tri) dana od pisanog primitka istog. Žalba se podnosi u tri istovjetna primjerka ovome sudu, a o žalbi odlučuje Županijski sud u Velikoj Gorici.

DNA

1. ODO u Novom Zagrebu na broj KO-DO-611/2024
2. okr. Volker Gröhnecke, SR Njemačkoj, Woltersdorf, Thuruher Berg 1 i po oglasnoj ploči
3. odv. Zorica Škopić

STJEPAN ĐURINEC



Elektronički potpisano: 21.09.2026T12:37:46 (UTC:2026-09-21T10:37:46Z)

Provjera: <https://epotpis.rdd.hr/provjera>

Broj zapisa: 4e5529e0-e6f5-4909-9c53-ead1d3c574b3

Općinski sud u Novom Zagrebu



Broj zapisa: **9-3088d-6a0f3**

Kontrolni broj: **070d7-970b6-d8982**

Ovaj dokument je u digitalnom obliku elektronički potpisan.

Vjerodostojnost dokumenta možete provjeriti na sljedećoj web adresi:

<https://e-komunikacija.pravosudje.hr/provjera-vjerodostojnosti>



unosom gore navedenog broja zapisa i kontrolnog broja dokumenta.

Provjeru možete napraviti i skeniranjem QR koda. Sustav će u oba slučaja prikazati izvornik ovog dokumenta.

Ukoliko je ovaj dokument identičan prikazanom izvorniku u digitalnom obliku, **Općinski sud u Novom Zagrebu** potvrđuje vjerodostojnost dokumenta.